

38/J XXI.GP

ANFRAGE

**des Abgeordneten Mag. Johann Maier und Genossen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend "Arena Geschädigte (EuGH - Urteil vom 15. Juni 1999); Staatshaftung und
Schadenersatzansprüche"**

Der Europäische Gerichtshof hat mit Urteil vom 15. Juni 1999 in einem Vorabentscheidungsverfahren über die Auslegung des Artikels 7 der Richtlinie 90/31 4/EWG des Rates vom 13. Juni 1990 über Pauschalreisen (ABl. L 158, S. 59) sowie über die Voraussetzungen für die Haftung des Staates für Schäden, die dem einzelnen durch Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht entstanden sind, die Republik Österreich verurteilt und dabei die Haftung der Republik für die Schäden, die dadurch den "Arena - Urlaubern" entstanden sind, bejaht.

Nach unserem Informationsstand (Presseberichte) haben bislang ca. 6.000 geschädigte Arena - Kunden ihre Ansprüche angemeldet (z. B. über RA, KSV), wobei seitens der Finanzprokuratur im Hinblick auf dieses - nun entschiedene - Vorabentscheidungsverfahren eine Verjährungsverzichtserklärung abgegeben wurde.

Arena - Geschädigte, die bislang ihre Ansprüche nicht angemeldet hatten und nun über die Medien vom Ausgang dieses Verfahrens erfahren haben, stehen vor dem Problem, dass ihnen eine Verjährungseinrede entgegengehalten werden könnte.

Die Republik Österreich hätte zur vollständigen Umsetzung des Artikels 7 der Richtlinie 90/31 4/EWG des Rates vom 13. Juni 1990 über Pauschalreisen innerhalb der vorgeschriebenen Frist alle erforderlichen Maßnahmen treffen müssen, um für Pauschalreisende ab dem für die Umsetzung der Richtlinie gesetzten Zeitpunkt (1.1.1995) u.a. die Erstattung bezahlter Beträge und der Rückreisekosten im Falle der Zahlungsunfähigkeit oder des Konkurses des Reiseveranstalters sicherzustellen. Dies ist aber damals in mehrfacher Hinsicht unterblieben.

In der Zwischenzeit entspricht die österreichische Reisebürosicherungsverordnung formal den Anforderungen der Pauschalreise - RL. Rechtspolitische Defizite sind jedoch vorhanden, dies trifft aber auch auf die Pauschalreise - RL zu.

Aufgrund der nun durch den EuGH ausgesprochenen Haftung der Republik Österreich für die verspätete und unvollständige Umsetzung des Artikels 7 haben für den Schaden der Arena - Geschädigten die SteuerzahlerInnen aufzukommen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten nachstehende Anfrage:

1. Wie viele Arena - Geschädigte sind der Finanzprokuratur bekannt geworden?
2. Wie viele Arena - Geschädigte haben die Republik Österreich wegen mangelhafter Umsetzung der Pauschalreise RL geklagt?
3. Sind Sie bereit hinsichtlich der anhängigen Gerichtsverfahren den Klägern einen adäquaten Vergleich anzubieten sowie die Ansprüche dem Grunde nach anzuerkennen und auf eine Fortführung der Gerichtsverfahren - unter Verzicht auf weitere Schadenersatzeinwände - zu verzichten? Damit könnten Kosten auf beiden Seiten gespart werden.

4. Mit wie vielen Arena - Geschädigten wurde ein derartiger Vergleich bereits rechtskräftig abgeschlossen?
5. Welcher Betrag wurde dafür insgesamt bereits gezahlt (Aufschlüsselung nach Schadenersatzbetrag sowie Verfahrens - und Vertretungskosten)
6. Für wie viele Arena - Geschädigte hat die Finanzprokuratur bislang (seit 1996) eine Verjährungsverzichtserklärung abgegeben?
7. Sind Sie bereit, alle Ansprüche von Arena - Geschädigten für die eine Verjährungsverzichtserklärung durch die Finanzprokuratur abgegeben wurde, anzuerkennen und diese Ansprüche mit außergerichtlichen Vergleichen zu bereinigen?
8. Wie viele Arena - Geschädigte, die von der EuGH Entscheidung über die Medien erfahren haben, haben nun Ihre Ansprüche gegenüber der Finanzprokuratur geltend gemacht?
9. Sind Sie bereit bei den nun eingelangten Schadenersatzansprüchen von Arena - Geschädigten (die von der EuGH - Entscheidung über die Medien erfahren haben) diese ebenfalls anzuerkennen und ihnen nicht eine allenfalls mögliche Verjährungsseinrede entgegenzuhalten?
10. Wenn nein, weshalb nicht?
11. Sind Sie bereit gegenüber der EU - Kommission - aufgrund der zunehmenden Probleme und Insolvenzen in der Reisebürobranche - für eine Revision der Pauschalreise RL (90/314/EWG) einzutreten (z. B. Ausdehnung auf Ferienhausmieten; Ausdehnung auf Gewährleistungsansprüche; EU - weite Evidenzstelle zur Sicherstellung der Insolvenzabsicherung im Sinne der Interessen inländischer UrlauberInnen, die bei einem ausländischen Reiseveranstalter buchen; Erweiterung der Haftung des Reisevermittlers)?